

Saale-Zeitung.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise oder deren Raum mit 30 Pfg., sechs aus dem mit 20 Pfg. berechnet...

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei postmöglicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., außerst Zustellungsgebühr...

Nr. 400.

Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 27. August

1902.

Zehndreißigster Jahrgang.

Bestellungen auf die Saale-Zeitung

für den Monat September nehmen auswärts alle Postanstalten und Briefträger zu 1,09 M., in Halle die Expeditionen und Austräger zu 85 Pfg. bei einmaliger, zu 1 M. bei zweimaliger Zustellung entgegen.

Die Herrschau des Centrums.

Die Katholikentage folgen sich und sie gleichen sich auch. Jahr für Jahr werden bei der Herrschau, die das Centrum zur Stärkung seiner Organisation und zur Aneuerung seiner Anhänger und Wähler abhält, ziemlich die gleichen Reden gehalten...

Wie alljährlich, so erscheint auch diesmal wieder der Antrag auf Wiederbestellung der weltlichen Wächter des Papstes, und der Begründung des Antrags, den sämtliche Abgeordnete des Centrums unterzeichnet haben...

Ein stets wiederkehrender Agitationsantrag ist auch die Forderung der Wiedergelassung der Jesuiten. Es wird darauf hingewiesen, daß der Reichstag in seiner Mehrheit wiederholt für die Aufhebung des Verbots der Ordensniederlassungen eingetreten ist...

auf dem Katholikentag in Mannheim mit der Fürsorge der Partei für die Arbeiter zu paradiern. Festzug laborloser Arbeiter ist organisiert worden und Abg. Schädler rühmte diesen Festzug als eine Tat, die beweist, daß trotz aller Verführungsstühle noch Hunderttausende von Arbeitern der Fahne des Kreuzes folgen.

Deutsches Reich.

Die Rede des Kaisers auf die Wäcker.

Die Rede des Kaisers auf die Wäcker, wie sie nicht anders zu erwarten war, wegen des Hinwegens des Monarchen darauf, daß er das Gefühl habe, daß alles, was das Land geworden, und was das Reich geworden, schließlich auf einer festen Säule beruhe, und diese Säule die Wäcker sei.

Neber das Deutschthum in China

erzählt A. W. W. in „Welthandel“, einem Heftblatt der „Deutsch-Export-Zeitung“, folgendes: Wenn auch die Anzahl der Deutschen hinter denjenigen der Engländer, Amerikaner und Portugiesen erheblich zurückbleibt, die Anzahl der Engländer ist etwa fünfmal so groß.

hier steht Deutschland, wenn man von den Japanern absehen will, an zweiter Stelle, alle anderen weilt, um mehr als die Hälfte hinter sich zurücklassend, und den Amerikanern, Franzosen, Russen, Deutschen und Belgien zusammen gleich kommend.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Deutschen teilt aber noch denjenigen in anderer Beziehung. Völlig ist bekannt, daß die Deutschen im weltlichen Geschäftsbereich, die auch dabei vorwiegend im Großhandel beschäftigt waren, die Aufgabe zurückzuführen, daß die Deutschen in weit höherem Maße als die Angehörigen anderer Nationen im Großhandel tätig sind.

Politisches.

* Das folgende Centrumskblatt, die „N. N. Volks-Ztg.“ hat ein neues Schlagwort gefunden, um das Verhältnis zu zwischen Kaiser und Kanzler zu kennzeichnen.

„Der Kaiser ist das Reich“, das erklärt das Blatt so: Fürst Bismarck hat von Wilhelm II. gesagt, er werde sein eigener Kaiser sein, also Kaiser und Kanzler zugleich. Wenn die Dinge so liegen, spielt der nonchalante Kaiser gewissermaßen die Rolle des Jaggentapläns.

Wahlpräsident für die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zwischen Wählern und Wählern verantwortlich. Wie er sich darin fühlen, muß ihm überlassen bleiben, nur nur er wird nicht in die Wahl mit sich selbst spielen können, die der leitende Richter ist. Denn eine solche Beziehung würde doch im Parlament nachträglich wohl mit jener „Sachlichkeit“ ausgeprochen werden, die oft weit überlegen wirkt als offener Widerspruch.

Man pflegt oft zu sagen, die Wahlzeit zu hören, sei monoton unangenehm. Graf Bülow wird die Richtigkeit dieser Worte empfinden.

Die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Wahlfreieinrichtung, auf die durch entwerfende Anträge der freisinnigen Parteien im preussischen Landtage schon wiederholt hingewiesen ist, wird neuerdings häufiger dargelegt durch die Ausführung der nachstehenden Wahlfreieinrichtungen für Westfalen, die über die Sachverständigen und das allgemeine Wohl der Provinz die Durchführung der Landtagswahl in den industriellen Rhein-Wahlkreisen klärt.

„Denn steht hier der Rhein-Wahlkreis Bochum-Dortmund. Die Bevölkerung des Wahlkreises, die bei der Wahlung im Jahre 1890 noch 606,000 betrug, war 1895 gefallen auf 733,000 und dürfte 1900 weit über 900,000 betragen haben. Wären in den Städten und Landgemeinden von über 10,000 Einwohnern der Zuwachs 150,000 Seelen. Die Zahl der Wahlmänner, die sich bei der Wahl im Jahre 1898 auf 2678 betrug, — im Jahre 1893 waren es 2217 — wird eine abermalige Vermehrung um mindestens 700 erfahren und damit glänzend an die Ziffer 3400 heranrücken, wenn nicht gar darüber hinaus geht. Die Zahl der Wahlmänner im Jahre 1898 war sich das Wohlgefallen von morgens 8^{1/2} Uhr bis gegen Abend um 10 Uhr hin. Dabei erschienen von der für gültig erklärt 2658 Wahlmänner nur 2439 zur Wahl. Bei der Wahl des zweiten Abgeordneten hätte sich jeder Wahlberechtigte auf 2238 und bei der dritten Wahlhandlung waren nur noch 1895 Wahlmänner erschienen. Wären alle Wahlmänner erschienen und hätten alle bis zum Schluss ausgehalten, dann würde sich die Wahl bis tief in die Nacht erstrecken haben. Und das bei gleichen Bestimmungen in jeder der drei Wahlhandlungen! Es ist klar, daß, wenn die Sozialdemokraten auch nur wenige Hundert Wahlmänner durchzuführen und wenn gar in Falle eines größeren Erfolges das Centrum, an den wir nicht glauben, aber mit dessen Wohlgefallen doch gerechnet werden muß, auch nur eine einzige Wahlhandlung mit ihren mehrmaligen umständlichen Bestimmungen notwendig werden sollte, bei einer Zahl von 3400 Wahlmännern eine Entscheidung der Wahl an einem Tage vollständig auszuführen ist. Ein Mann unter normalen Verhältnissen ist in ein halbes Jahr kaum noch zu handhaben. Bei der vorigen Wahl wurden in 13 Stunden 6667 Stimmen zu Protokoll genommen; die gleiche Wahlteilnahme vorausgesetzt, wird man das nächste Mal volle 17 Stunden nötig haben, um das Wohlgefallen zu Ende zu führen. Der Wahl-Vorstand berechnete, daß, wenn auch nur drei Parteien einander gegenübergestellt hätten, man schon 1898 mindestens 80 Stunden gebraucht haben würde. Heute würde im Falle von Gleichwärtigen auch diese Zeit längst nicht mehr zureichen. Es wird weder eine Wahlmission geben, die die physischen Kräfte hätte, einer solchen Aufgabe Stand zu halten, noch werden sich finden, die die Wahl unter normalen Verhältnissen am ehesten einigende Entscheidung der Wahlkreise, entsprechend den eingetragenen Verfügungen der Bevölkerung, vorgenommen werden.“

Die Nationalen werden das am ehesten erreichen, wenn sie sich den freisinnigen Anträgen anschließen. Ueber kurz oder lang wird auch die Regierung die Unhaltbarkeit der noch aus den Jahren 1858 resp. 1867 stammenden Eintheilung erkennen und sich wohl oder übel entscheiden müssen, den Folge zu geben, was freisinnigerseits seit 10 Jahren schon gefordert wird.

Wahlverhältnisse.

Der Kaiser Will ihm ein Kavalier haben im Monat Juli dieses Jahres 327 Kavalier gegen 833 Schritte im Juli 1901 mit einem Retorikanten aus 423,468 Reiterstücken (1901: 443,145 Reiterstücken) benutzt, um, nach Abzug des auf die Kanalarbeiten in Anrechnung zu bringenden Ublausgeldes, an Gehältern 192,719 M. (1901: 215,317 M.) einzutreiben.

Der Geschäftsführer des Centralverbandes deutscher Industrieller H. W. Wied hat aus Anlaß der Nahrungsmittelpreiserhöhung im Januar dieses Jahres ein Verzeichnis über den Bestand von Getreide, Hülsenfrüchten und Vieh mit diese Tage zugegangen ist. Er enthält zunächst eine geographische Einteilung und die Chronik des Centralverbandes und geht dann zur Darstellung von dessen Arbeit über. Von dieser Arbeit er die Beschäftigung mit der politischen und wissenschaftlichen Zusammenfassung der Verhandlungen des Centralverbandes und der in ihnen hauptsächlich behandelten Gegenstände. Im zweiten Bande werden die weiteren Arbeitsgebiete des Centralverbandes behandelt werden; er soll womöglich im Frühjahr des nächsten Jahres erscheinen.

Arkte und Schule.

Ueber die Unterhaltungskosten der Volksschulen liegen jetzt interessante statistische Nachrichten vor. Danach sind die Aufwendungen für die öffentlichen Volksschulen in Preußen seit dem Jahre 1886 von rund 115 Millionen auf rund 270 Millionen gestiegen. Es entfielen an Schulunterhaltungskosten

im Jahre	auf je 1 Schüler	auf je 1 Schullehrer	auf je 1 Schülervater	auf den Kopf der Bevölkerung
1886	3424	1551	24	4,11
1891	4209	1767	30	4,88
1896	5145	2021	35	5,84
1901	7349	2594	48	7,83

Die sich in diesen Zahlen ersprechende Steigerung hat sich in den Städten und auf dem Lande in ziemlich gleichem Maße vollzogen. In den Städten freilich sind die Ausgaben erheblich höher als auf dem Lande, nicht nur wegen der dort vorhandenen größeren Schulsysteme, sondern auch wegen der größeren Ausgestaltung des Schulbetriebes und der höheren per Salarium Aushebungen. So warden in den Städten für eine öffentliche Volksschule 1886 13,774, 1901 29,106 M. bezwogen für eine Schullehrer 2161 und 3588 M., ein Schülervater 34 und 64 M.; die Volksschulunterhaltungskosten betragen auf den Kopf der städtischen Bevölkerung 4,78 und 8,63 M. Auf dem Lande dagegen kostete eine öffentliche Volksschule 1886: 2178, 1901: 4866 M., ein Schullehrer 1275 und 2075 M., ein Schülervater 20 und 39 M.; auf den Kopf der Landbevölkerung ergab das 3,72 M. und 7,23 M. In diesen Kopfbeiträgen sind allerdings die Staatsbeiträge und sonstigen Leistungen des Staates und die Deduktion aus sonstigen Quellen nicht enthalten.

Die von der Generalversammlung des Landesvereins preussischer Volksschullehrer in Halle o. S. beschlossene Gründung einer weltanschaulichen Hilfskassa ist nunmehr erfolgt. Die Zweck ist die Förderung der wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Mitglieder durch Gewährung von Unterhaltungen und von Preisermäßigungen in Waren und Commertialen. Viele Mitgliedsgruppen haben den Eintritt ihrer Mitglieder in die Kasse bereits zugelagt.

Verwaltung und Rechtspflege.

Die nachstehenden Folgen, welche die Bestimmungen des Schlichtengesetzes und Fleischhauergesetzes für die Gemeinden mit öffentlichen Fleischhäusern haben müssen, bildeten auf dem letzten Rathgebungs Westpreussischen Stadtag in Graudenz den Gegenstand lebhafter Erörterungen. Wie erinnerlich, hätte sich gegen diese Bestimmungen im Abgeordnetenratte wie im Herrenratte seitens der Vertreter der städtischen Gemeinden mit Fleischhäuern eine lebhaftere Mitwirkung geltend gemacht und das Gesetz im Abgeordnetenratte verabschiedet worden. Auf dem Westpreussischen Stadtag fanden diese Bestimmungen ebenfalls eine einmüthige Verurteilung. Der Referent, Stadtrat Wipflaff-Danzig führte u. a. aus, die Kommunen würden durch § 14 einen Zusatz der Einnahmen von ganz erheblicher Höhe erleiden; die Rentabilität der Fleischhäuern würde direkt gefährdet werden. Nicht nur der Gewinn würde bei den Fleischhäuern schwinden, auch die Verzinsung und Amortisation würde in Frage gestellt. Wie sollen die Ausfälle gedeckt werden, besonders bei Eriden, deren finanzielle Lage bebräng ist? Und in Westpreußen würden Städte von diesen Bestimmungen getroffen, die schon 300 und mehr Prozent Zuschläge erheben. Bei dieser Schlinge konnte man mit Recht auf die Erfahrungen der Regierungsvertreter in Westpreußen geknüpft sein. Der Regierungspräsident v. Sagan äußerte sich aber sehr diplomatisch. Er erklärte nach dem Bericht des „Ostpreussischen“: Die Referentminister hätte zugestimmt, sich zum freitragenden des Gesetzes eine eingehendere Revision in Erwägung zu ziehen; die für ihn maßgebende Instanz, das Staatsministerium, siehe zur Zeit auf dem Boden des bestehenden Gesetzes, er wolle daher nicht bereits zum Gesetze Stellung nehmen. Verzögerungen könne aber nicht werden, das es für manche Städte in finanzieller Beziehung verhängnisvoll werden würde, wenn das Gesetz in erhebliche Ausfälle, wie sie wahrscheinlich sind, zur Folge hat. Der Herr Regierungspräsident hob auch die Bedeutung einer weitgehenden Garantie für ladungsfähige Kontrolle hervor und plüßte sich schließlich nach den Ausführungen des Referenten bei. Schließlich wurde auch die Möglichkeit der Herabsetzung der städtischen Kommunen bis zum erträglichen Infarkt des Gesetzes auch vorläufig entprechende Berücksichtigung.

Das das Ein- und Ausladen der Postkutschen in die abzuheben und einzuheben Dinge auf den obersten sehr in Anspruch genommenen Hauptstellen der größeren Städte sehr viel Zeit raubt und oft den Verkehr sehr, so hatte man, schreibt die „Nöln. Ztg.“ in den nachgehenden Kreisen schon die Frage erörtert, ob sich die Einführung eigener Postkassen ermöglichen läßt und empfahl, welche ganz unabhängig von der Polizeien und Güterförderung der Eisenbahnen bestehen könnten. Die langen Beratungen ließen man hierzu jedoch abgesehen, namentlich wegen der bedeutenden Mehrkosten, die durch eigene Postkassen entstehen würden. Auf dem letzten Rathgebungs in Berlin ist nun zunächst der Verzicht gemacht worden, den Postkutschen Zweck als Nebenverdienst der Eisenbahnen für die Post gebaut worden. Die Postwagen aus den anfallenden Eisenbahnen werden nach diesem Entschlusse auf besonderen Geleisverbindungen ausständig und entladen und umgekehrt beladen und einmangelt. Da dieser Verzicht sehr bedauerlich ist, will man auch den Postkutschen ein anderer Vorbehalt gewähren lassen, gegen die Eisenbahnen, die den Verkehr nicht nur durch die zeitlich anwachsende Postverkehr sehr Jahren recht für den Verkehr, auch sagt hier die Postverwaltung seit langem über die Unzulänglichkeit der ihr angewiesenen Räumlichkeiten. Die Verhandlungen zwischen dem Eisenbahnministerium und der Reichspostverwaltung seien nun an einem entscheidenden Abschlusse gelangt. Mittlerweile habe sich auch schon einverstanden erklärt, daß für die Postverwaltung unter gewissen Bedingungen ein Entladebahnhof, zunächst für den Postverkehr der Potsdamer Vorstadt, in der Nähe des Geleises der Hochbahn, angelegt werde, nach dem die Postwagen auf besonderen Geleisen befordert werden. Die Entscheidung des Ministers über diesen Antrag wird sich nicht auf dem Geleise des Post- und Eisenbahnhofs, und dementsprechend werde auch die geplante Anlage eine ganz bedeutende werden, mit großartigen Gebäulichkeitsanlagen verbunden sein und mehrere Millionen Mark Ausgaben erfordern. Der Bauplan solle nach in diesem Geleise aufgestellt werden, so daß mit dem Bau dieser Anlage im nächsten Jahre begonnen werden könne.

Zur Kriminalstatistik des Jahres 1901 liegen erst die allgemeinen Zahlen für die preussischen Strafgerichte vor. Dieselben lassen zwar noch keine Schlüsse auf die Art und Zahl der abgethanen Verbrechen und Verbrechen zu, doch ist aus der starken Steigerung der Verurteilungen im Allgemeinen schon die Annahme berechtigt, daß man es mit nicht unbedeutenden Verbrechen zu haben. Die bei den Amtsgerichten unabhängig gewordenen Anlageladen wegen Verbrechen sind von 160,489 auf 182,037, also um 16,4 Proz. gestiegen. Die Zahl der Anlageladen wegen Verbrechen ist von 216,535 auf 229,360 gestiegen. Einzelne in Verurtheilung sind von 108,122 auf 120,270 (11,24 Proz.) gestiegen, Strafbefehle waren 68,505 anhängig, während ihre Zahl 1900 nur 64,184 betrug. In erster Instanz wurden an den Amtsgerichten 406,220 Verurteilungen gegen 375,726 im Jahre 1900. Bei den Landgerichten waren 509,222 Verurteilungen anhängig 417,586 im Jahre 1900. Die Zahl der von den Schwurgerichten unabhängig gewordenen Hauptverfahren ist von 2793 auf 3093 gestiegen. Bei den Strafkammern waren im ganzen 62,193 Hauptverfahren gegen 57,288 im Jahre 1900 anhängig, und zwar 27,297 (24,535) wegen Verbrechen und 34,896 (32,072) wegen Vergehen. Die Zunahme der Hauptverfahren betrug demnach 8,7 Prozent. Die Zahl der Verurteilungen ist von 45,849 auf 47,819 gestiegen. Die Zahl der Verurteilungen sanken fast von den Strafkammern in erster Instanz 70,526 gegen 65,742 in 1900, in der Berufungsinstanz 51,810 gegen 50,481; von den Schwurgerichten fanden 3177 Hauptverfahren statt, deren Zahl sich 1900 auf 3016 belief. Von den Strafkammern wurden in erster Instanz 74,113 Verurteilungen verurteilt gegen 70,567, in der Berufungsinstanz 48,812 gegen 45,711 Verurteilungen gegen 3314 Verurteilungen gegen 2826 in 1900 verurteilt, 1068 (973) freigesprochen. Die Zahl der Verurteilungen bei den Landgerichten betrug demnach 77,080 gegen 73,232 im Jahre 1900. Die Zunahme in diesem Jahre betrug 27 Prozent betragen; im Jahre 1901 belief sie sich auf nur 7 Prozent, während die Hauptverfahren 15,1 Prozent (17,7) anwachsen. In der Berufungsinstanz hoben die Landgerichte 16,293 Strafbefehle der Amtsgerichte (1900: 15,874) auf; verworfen wurde die Berufung in 24,388 (23,091) Fällen. Was schließlich die Zahl der Oberlandesgerichte betrifft, so hat dieselbe ebenfalls in Strafverfahren eine Steigerung erfahren. Es waren 4480 Verurteilungen gegen 3908 in der Berufungsinstanz gegen 3314 Verurteilungen gegen 2826 Verurteilungen wurden in Strafverfahren 4122 anhängig gegen 3886 in 1900. Die eingeleitete Revision hatten in 884 (536) Fällen Erfolg, während sie 2883 (2389) hatten verworfen werden.

Heer und Flotte.

Der Kaisermandat im nächsten Jahr sollen dem Vernehmen nach in der Provinz Sachsen stattfinden, und zwar sollen daran das 4. und 10. Armeekorps teilnehmen. Das kaiserliche Hoflager soll im Schloß des Fürsten Stolberg-Berneckendorf zu Wernigerode aufgeschlagen werden.

Der jüngst veröffentlichte Bericht des Kriegsministers gegen das Eindringen sozialdemokratischer Propaganda in das Heer stellt nicht, wie vielfach angenommen zu werden scheint, neue Thesen auf, sondern formuliert nur erneut Bestimmungen eines früheren Erlasses, den das Kriegsministerium i. S. als Erlass für die in dem abgelaufenen Umfange vorliegende erhaltenen gewöhnlichen Abwehrregeln an die Militärbehörden gerichtet hat. Die Wirkung dieses Erlasses scheint im großen und ganzen bisher den Wünschen der Militärverwaltung entprochen zu haben. Daß die Schlussbestimmung des Erlasses, wonach ihm auch die zu Leistungen eingezogenen und zu Kontrollverpflichtungen einberufenen Personen des Beurkundetenbesitzes unterliegen, zu bestimmten Konsequenzen führen kann, ist früher schon oft mit Recht hervorgehoben worden. Es ist aber für gewisse schmerzliche Störungen recht charakteristisch, daß selbst eine ihren Wünschen in so weitgehendem Maße entsprechende Negativmaßregel ihnen einen willkommenen Anlaß zu Angriffen gegen die Reichsregierung wegen ihres gesammelten Verhaltens gegenüber der Sozialdemokratie bietet. Die „Samb. Nachr.“ z. B. kürzlich hierzu folgende treffliche Bemerkung:

„Wie kommt dazu die Anerkennung der Sozialdemokratie als einer Berechtigten über gar wohl verbottenen Betretung der Arbeiter, wie sich Graf Wolffmüthgen im letzten Winter gelegentlich im Reichstag entschieden ließ? Und wenn die bloße Aufforderung an einen zu einer Leistung eingezogenen Reichswagen, in seinen Freizeiten an einer sozialdemokratischen Versammlung teilzunehmen, mit Gewissheit als strafbar zu betrachten ist, so ist es natürlich, wenn gewisse schmerzliche Störungen recht charakteristisch, daß selbst eine ihren Wünschen in so weitgehendem Maße entsprechende Negativmaßregel ihnen einen willkommenen Anlaß zu Angriffen gegen die Reichsregierung wegen ihres gesammelten Verhaltens gegenüber der Sozialdemokratie bietet.“

Die Reichsregierung hat am 25. August in Carpano eingetroffen und am nächsten Tage wieder nach La Guardia im Neapel nach Neapel. Die Reise wird am 26. August von Neapel nach Florenz in See gegangen.

Die Reichsregierung hat am 25. August in Carpano eingetroffen und am nächsten Tage wieder nach La Guardia im Neapel nach Neapel. Die Reise wird am 26. August von Neapel nach Florenz in See gegangen.

Die Reichsregierung hat am 25. August in Carpano eingetroffen und am nächsten Tage wieder nach La Guardia im Neapel nach Neapel. Die Reise wird am 26. August von Neapel nach Florenz in See gegangen.

Die Reichsregierung hat am 25. August in Carpano eingetroffen und am nächsten Tage wieder nach La Guardia im Neapel nach Neapel. Die Reise wird am 26. August von Neapel nach Florenz in See gegangen.

Die Reichsregierung hat am 25. August in Carpano eingetroffen und am nächsten Tage wieder nach La Guardia im Neapel nach Neapel. Die Reise wird am 26. August von Neapel nach Florenz in See gegangen.



